Verantwortung übernehmen!

Jörg Bruchmüller

In Hessen haben die Wähler entschieden und sich diesmal für ein Fünf-Parteien-System ausgesprochen. Diese neue Konstellation wäre nicht weiter tragisch, wenn nicht einige Parteien, zumindest deren „Spitzen“, sich aus falsch verstandenem Machtkalkül der künftigen (Regierungs-)Verantwortung ohne wenn und aber entziehen würden. Zumindest ist derzeit eine parteipolitische Starre festzustellen, die mit dem notwendigen staatspolitischen Selbstverständnis einer demokratischen Partei wenig gemein hat.

Es sollte nach dieser Wahl nicht darum gehen, welche Partei oder welcher Politiker sich aus machtstrategischen Fragen auf Bundesebene künftig bestmöglich platzieren kann. Es geht hier und heute um die Politik in Hessen!

Die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf unsere Postkartenaktion hat uns bestätigt: Professionelle Dienstleistung und Präsenz vor Ort sind mehr gefragt denn je. Die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit sind nicht weniger geworden, im Gegenteil. Und unsere Kolleginnen und Kollegen können neben der immensen Arbeitsverdichtung nur schwerlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachvollziehen.

Eine politische Blockadehaltung wäre insofern fatal. Die Polizei braucht Planungssicherheit und Verlässlichkeit und viele Projekte müssen vorangetrieben werden.

Nach der „Hessenwahl“ sind Mehrheiten neben einer großen Koalition nur in Dreier-Bündnissen möglich. Natürlich muss man sich an diese Erkenntnis erst gewöhnen, aber es ändert doch nichts an dem Wählerauftrag, der klar umrissen ist: „Schafft mit Koalitionen Mehrheiten!“ Und natürlich nicht um jeden Preis, sondern eben so weit nach parteiprogrammatischen Gemeinsamkeiten, so dass es den Koalierenden einigermaßen zumutbar ist. Wunschkonzerte haben da keine Konjunktur, Kompromisse werden da nicht ausbleiben können. Das ist wohl auch das Wesen der Politik: Die Kunst des Machbaren.

Genau an dieser Stelle lohnt es sich dann doch, genauer hinzuschauen. Nach meiner Auffassung gilt es, die offenkundigen Widersprüche herauszustellen, um sich dem „Machbaren“ zu nähern.

Wie ist es möglich, dass Parteien zur Wahl antreten, um Stimmen werben und im Vorfeld eine Regierungsverantwortung ausschließen, indem sie verkünden, dass sie lieber Oppositionspolitik machen wollen? Wie ist es möglich, dass man vor einem bestimmten Dreier-Bündnis warnt, es abqualifiziert und dann selber nicht bereit ist, dieses Bündnis zu verhindern, weil man sich vorher öffentlich und ohne Not festgelegt hat.

Wer wenig manövrierfähig ist, wird schwer den Hafen der Regierungsverantwortung erreichen können. Überdies haben wir seit der Hessenwahl längst Gewissheit: Wer allzu tief in die Trickkiste greift, zieht aus dem Zylinder nur rostige Nägel und keinen lebenden Hasen. Anders ausgedrückt: Wer jetzt mit taktisch begründetem Verweigerungsverhalten seinen Erfolg sichern will, macht möglicherweise die Rechnung ohne den Wähler.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Kompromisslosigkeit – weder in vollmundigen Wahlkampfaussagen noch in der praktischen Politik. Gefragt sind mehr der Wille und die Fähigkeit zu vernünftigen Problemlösungen zu kommen, auch über Parteigrenzen hinweg.

Wie auch immer: Neuwahlen sind abwegig. Sie wären das Eingeständnis von mangelnder Verantwortung und staatspolitischem Versagen der Politiker. Am Ende wird Regierungsverantwortung übernommen. So oder so. Die Verweigerer sollten innehalten und nachdenken.

Jörg Bruchmüller

GdP STACH IN EIN WESPENNEST

Bevölkerung unterstützt Postkartenaktion

CDU-Politiker sind verschnupft

Es war, als ob die GdP in ein Wespennest gestochen hätte, als sie im Dezember des abgelaufenen Jahres mit ihrer Postkartenaktion zum Personalabbau bei der Polizei die Bevölkerung informierte und um Unterstützung bat. In rund vier Wochen kamen 36 000 Postkarten zusammen. Unter reger Beteiligung von Funk, Fernsehen und Presse wurden sie vor dem Wiesbadener Landtag übergeben an MdL Lothar Quanz (SPD) und MdL Sarah Sorge (Grüne), die beiden Stellvertreter des Landtagspräsidenten Norbert Kartmann (CDU). Der zeigte sich verschnupft, weil er nicht vorab in diese Postkartenaktion eingebunden worden sei und wollte die Karten nicht entgegennehmen.

Postkartenaktion – überparteilich

Die GdP hatte in der Ankündigung zu dieser Aktion ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Karten dem Landtagspräsidenten übergeben werden sollen, da dieser alle Fraktionen des Landesparlaments repräsentiert und sich diese Aktion nicht gegen eine bestimmte Partei

richtet, sondern an alle Politiker Hessens, um sich für den Erhalt von Polizeidienststellen einzusetzen und den Stellenabbau im Polizeibereich zu stoppen. Deshalb wird die Postkartenaktion auch nach den Landtagswahlen weitergeführt!

Was dann aus der Aktion wurde, hat die kühnsten Erwartungen der GdP übertroffen. Die Bevölkerung unterstützte die Bemühungen der Gewerkschaft, kam an die Infostände und schüttete ihr Herz aus über die fehlende Präsenz der Polizei vor allem auf dem Land in kleineren Gemeinden. Dort wo Poliziedienststellen geschlossen oder in Tagesdienststellen umgewandelt worden waren, machten die Menschen ihrem Herzen Luft, fühlten sich weniger betreut als zuvor. Die GdP legte Zahlen zum Stellenabbau vor, die die Presse aufgriff. Die mit absoluter Mehrheit in Hessen regierende CDU und ihre Spitzenpolitiker reagierten verschnupft und legten andere Zahlen vor, bezichtigten die GdP und die Politiker der anderen Parteien, die die GdP-Aktion aufgegriffen hatten, der Lüge.

Als Beispiel für Stellenabbau sei hier nur einmal das PP Südhessen angeführt: Bei der Organisationsreform im Jahr 2001 hatte das neue PP 2010 Beschäftigte. Das war die Zahl der Wahlberechtigten für den Personalrat. Im Jahr 2008, jetzt stehen wieder PR-Wahlen an, hat das PP Südhessen nur noch 1850 Beschäftigte. Das ist Fakt.

Bärendienst der Polizeipräsidenten

Polizeipräsidenten traten öffentlichkeitswirksam aus der Gewerkschaft aus, veröffentlichten einen Brief, in dem sie sich von der GdP distanzierten. Angeblich geschah das aus freien Stücken, ohne Druck „von oben“. Interessant war aber, dass dieser Brief Teil der offiziellen Wahlkampfzeitung der CDU wurde. Dagegen haben die Präsidenten sich nicht verwahrt! Sinnigerweise haben sich die Präsidenten nicht gegen die Zahlen der GdP gewehrt, sie haben ihr unterstellt, die Arbeit der Kollegen/-innen schlechtzureden. Schließlich habe Hessen die höchste Aufklärungsquote seit vielen Jahren. (Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe). Ähnlich reagierte auch das Innenministerium. Erstaunlich ist nur, dass die GdP nie die Arbeit der Polizeibeschäftigten schlecht geredet hat. Mit keinem Wort wird deren Engagement für die innere Sicherheit in Zweifel gezogen. Es wird nicht erwähnt. Es ging und geht nur um Stellenschließungen und Personalabbau. Die GdP fand anerkennende Worte von den Beschäftigten. Endlich zeige sie wieder Biss, greife die verlogene Politik der Landesregierung an, kümmere sich verstärkt um die Basis, die unter dem zunehmenden Arbeitsdruck zu leiden habe. Es wurde aber auch kritisiert, dass von anderen „Gewerkschaften“ nichts zu hören sei.

Dampf im Wahlkampf

Es war plötzlich Dampf im Wahlkampf. Der Kessel stand unter Druck. Es verging kaum ein Tag, wo das Thema „Innere Sicherheit“ und „Stellenabbau“ nicht in der Presse auftauchte. Egal wie das Innenministerium reagierte, wie Minister Bouffier ausfällig wurde und sich auch Ministerpräsident Roland Koch einschaltete, es glaubte ihnen kaum noch jemand. Der Zahlenwirrwarr verunsicherte die Menschen, aber sie glaubten der GdP mehr als den Politikern. Schließlich hatte die CDU neun Jahre das Sagen

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

in Hessen, davon fünf Jahre mit absoluter Mehrheit. Hessen hatte ein Thema. Die Menschen waren sensibilisiert. Die Umfrageergebnisse schwenkten weg von Koch, hin zu Ypsilanti. Kochs Politik kehrte sich gegen ihn und so war das Wahldebakel mit minus zwölf Prozent auch schon fast vorhersehbar. „Koch muss weg“ war die Reaktion vieler Menschen, nicht unbedingt „die CDU muss weg“.

GdP wurde Feindbild

Koch reagierte wie ein gereizter Stier auf das rote Tuch. Die GdP wurde zum Feindbild stilisiert, doch die Bevölkerung merkte den Betrug. Die Reaktionen der CDU wurden zum Bumerang. Auch als Koch die Kriminalität ausländischer Jugendlicher zum Thema machte, um von der GdP abzulenken, erwies sich das als Bumerang. Härtere Strafen, ja sogar Gefängnis für Kinder, das kam nicht an. Alle Fachleute bezeugten, dass das Jugendstrafrecht ausreichend Möglichkeiten der Bestrafung bietet. Die Strafe müsse aber möglichst auf dem Fuße folgen. Da aber ist Hessen Schlusslicht in Deutschland. Die Regierung hat nämlich viele Stellen von Staatsanwälten und Richtern gestrichen. Und von der notwendigen Prävention kann auch keine Rede sein. Auch hier hat die absolute CDU-Mehrheit im Landtag mit der verlogenen „Operation sichere Zukunft“ viele Millionen Euro gestrichen, hat soziale Einrichtungen ausgetrocknet und die jahrelange Arbeit unzähliger ehrenamtlich engagierter Menschen zunichte gemacht. Auch das merkte die Bevölkerung sehr schnell.

Wenn jetzt mit fünf Parteien im Landtag eine schwierige Regierungsbildung bevorsteht, die GdP vertraut darauf, dass sich eine regierungsfähige Mehrheit findet und dass die Politiker zu ihrem Wort stehen, neben der Bildung auch die innere Sicherheit zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen.

Deshalb führt die GdP auch die Postkartenaktion fort.

Norbert Weinbach

Selbstverteidigungs-Seminar in Weilburg

Die Junge Gruppe Hessen lädt alle Kolleginnen und Kollegen ein, die SV-Kenntnisse aufzufrischen. Ziel ist es, Altes in Erinnerung zu rufen und Neues auszuprobieren!

Wann und wo?

Samstag, 29. 3. 2008, von 13.00 bis ca. 17.00 Uhr, Taekwon-Do Center Weilburg, Marktstraße 16, 35781 Weilburg, Tel. 0 64 71/92 29 30, www.taekwon-do-weilburg.de

Anmeldung bitte unter:
junge-gruppe-hessen@gdp-online.de
oder telefonisch unter: 01 57/71 67 17 88.

Hinweise:
Für Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos. Bitte Sportkleidung mitbringen. Weitere Information erhältlich per Mail oder unter der o. a. Rufnummer. Begrenzte Teilnehmerzahl!

GdP-POSTKARTENAKTION

Denkvermögen der Bürger nicht beeinträchtigt

Konrad Freiberg und Jörg Bruchmüller stehen den Medien Rede und Antwort

„Zwar ist das Sicherheitsgefühl der hessischen Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt, nicht aber ihr Denkvermögen“, stellte GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg bei einer Pressekonferenz der Hessen-GdP zur Postkartenaktion fest. Die Menschen hätten feinfühlig auf Ministerpräsident Roland Koch reagiert, der sich nur im Wahlkampf um die Sicherheit der Menschen sorge, der vor allem die Jugend- und Gewaltkriminalität (insbesondere von Ausländern) mit schärferen Gesetzen bekämpfen wolle. Notfalls sollten sogar Kinder in den Knast kommen.

Die Bevölkerung wisse, so Freiberg, dass nur eine deutlich stärkere Präsenz der Polizei viele Straftaten verhindern könne. Straftäter müssten schnell gefasst und umgehend zur Rechenschaft gezogen werden. Da sei Hessen bundesweites Schlusslicht. **„Mit immer weniger Polizei und Justiz ist der Kampf gegen die Kriminalität nicht zu gewinnen“,** schrieb Freiberg dem Ministerpräsidenten ins Stammbuch. Mit seiner absoluten Mehrheit habe er soziale Projekte zusammengestrichen, die Polizei reduziert, Stellen von Staatsanwälten und Richtern gestrichen und dadurch zugelassen, dass die Jugendgewalt in Hessen in besonderem Maße gestiegen sei. Der Präsident des Hessischen Landeskriminalamtes habe noch am 14. Januar berichtet, dass bei der „schweren und gefährlichen Körperverletzung“ der Anteil der Jugendlichen in der Zeit von 1999 bis 2006 von 15,6 auf 20,3 Prozent gestiegen sei. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen gehe sogar von einem Anstieg in Hessen (bezogen auf die Einwohnerzahl) von 66 Prozent aus.

Konrad Freiberg inmitten von Pappkameraden, die stellvertretend für die weggefallenen Polizeistellen stehen. NW

Auf der Pressekonferenz präsentierten Jörg Bruchmüller und Konrad Freiberg gemeinsam das beeindruckende Ergebnis der Postkartenaktion (v. l.): Jens Mohrherr, Jörg Bruchmüller, Konrad Freiberg und Rüdiger Holecek. NW

Jeden Tag 70 Angriffe gegen Polizisten

Freiberg rechnete vor, dass es 2006 in Deutschland 570 000 Gewaltstraftaten mit vorsätzlicher Körperverletzung gegeben habe. Das seien 1600 Gewalttaten pro Tag. Die neue Dimension der Gewalt mache auch vor der Polizei nicht mehr Halt. Die Statistik verzeichne 26 600-mal Widerstand gegen die Staatsgewalt. 70-mal pro Tag würden Polizisten/-innen angegriffen.

Auf reges Interesse stieß der Infostand zur Postkartenaktion bei der Bevölkerung im südhessischen Viernheim, wo die Polizeistation geschlossen worden war. Auch SPD-Landesgeschäftsführer Norbert Schmitt (2. v. l.) war anwesend. MM

Das Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ habe die Menschen in Hessen bewegt, stellte Freiberg fest. Der große Erfolg der Postkartenaktion der hessischen GdP mit 36 000 Unterschriften sei ein Beweis dafür. Diese Menschen hätten sich gegen die Schließung von Polizeiwachen und die Streichung von Stellen ausgesprochen. Sie wüssten, dass der öffentliche Raum nicht durch Ministerpräsidenten, Wahlkampfparolen und Gesetzestexte sicherer werde, sondern nur durch Polizisten/-innen.

GdP-POSTKARTENAKTION

Lothar Quanz (vorne) und Sarah Sorge, die beiden stellvertretenden Landtagspräsidenten, schleppten die Postkarten in blauen Säcken in den Landtag, unterstützt von Peter Wittig und Jürgen Aschenbrenner. NW

Bürger wollen „Polizei zum Anfassen“

Hessens GdP-Vorsitzender Jörg Bruchmüller bedankte sich öffentlich bei der Bevölkerung für die großartige Unterstützung. Die Bürger wollten eine „Polizei zum Anfassen“, eine Polizei, die vor Ort ist und nicht anonym. Die Menschen hätten längst gemerkt, dass das Polizeipersonal an den Basisdienststellen weniger geworden sei. Nicht nur die Jugendkriminalität habe zugenommen. Die Polizei stehe vor neuen Herausforderungen in Sachen Terrorismus und Internetkriminalität. Da genüge es nicht, Polizei von links nach rechts zu verlagern, da müsse neues Personal her. Alleine durch die „Aktion sichere Zukunft“ seien 980 Stellen bei der Polizei in Hessen weggefallen, erklärte Bruchmüller. Prävention sei wichtig, könne aber kaum noch geleistet werden. Die Polizei wolle ernstgenommen werden. Die GdP sei zu konstruktiven Gesprächen bereit, wolle im gemeinsamen Dialog mithelfen, Lösungskonzepte zu entwickeln. Die Bevölkerung müsse sich sicher fühlen, auch nachts und an Weihnachten.

Postkarten öffentlich übergeben

Im Anschluss an die Pressekonferenz an der Geschäftsstelle der GdP fuhren Kollegen zwei Schubkarren voll mit 36 000 Postkarten zum Landtag. Dort wurden sie den beiden stellvertretenden Landtagspräsidenten Lothar Quanz (SPD) und Sarah Sorge (Grüne) überreicht. Landtagspräsident Norbert Kartmann (CDU) hatte sich geweigert (Termingründe), die Karten entgegenzunehmen. Die GdP hatte vor dem Haupteingang des Landtages einige Pappkameraden aufgebaut mit Schildern um den Hals, auf denen unter anderem zu lesen war: „Zwei Millionen Überstunden – zu wenig Personal“ oder: **„Seit 1999 – 3648 Ruhestandsversetzungen, 3232 ausgebildete Beamte/-innen, = minus 416“.**

Die beiden stellvertretenden Landtagspräsidenten zeigten sich aufgeschlossen gegenüber den Argumenten der GdP und erneuerten die Zusagen ihrer Partei, im Falle eines Regierungswechsels wieder mehr Polizisten/-innen und Verwaltungspersonal einzustellen. Die Unterstützung der Postkartenaktion durch die Bevölkerung sei ein Zeichen, dass hier etwas nicht stimme. Eigenhändig beförderten sie die gebündelten Karten von den beiden Schubkarren in blaue Säcke und trugen sie in den (zunächst verschlossenen) Landtag. Funk, Fernsehen und Printmedien verfolgten auch diese Aktion der GdP sehr aufmerksam. Jörg Bruchmüller sicherte zu, dass die Postkartenaktion weitergeführt werde. Man wolle versuchen, 50 000 Unterschriften zu erreichen.

Norbert Weinbach

IZEMA

Sterbehilfe scheint der einzige Ausweg

Auch nach Einführung des sogenannten Release 2.0 erfährt IZEMA keine Akzeptanz bei den Kolleginnen und Kollegen. Entgegen aller Beschwörungen kann die umstrittene Software nicht die Erwartungen erfüllen. Viele haben zwischenzeitlich resigniert und beteiligen sich nicht einmal mehr an der Diskussion über die unsägliche Zeiterfassung bei der hessischen Polizei.

Eine Befragung innerhalb der Ermittlungsgruppe der Polizeistation Grünberg nach der Zufriedenheit mit dem Zeiterfassungssystem IZEMA erbrachte ein verheerendes Ergebnis.

Nicht ein einziger Beamter ist mit IZEMA zufrieden. Alle klagen darüber, dass die angezeigten Stundenkonten eigentlich niemals einen aktuellen Stand abbilden. „Was soll ich denn da reinschauen, ich bekomme doch nur veraltete, uninteressante und nicht aktuelle Zahlen angezeigt. Die Grünberger Meinung ist hessenweit übertragbar, denn bei Einsätzen erzählen einem die Kollegen aus Frankfurt und Kassel nichts anderes.

Hatte IZEMA vor Einführung des Release 2.0 noch einigermaßen funktioniert und zumindest zeitweise aktuelle Zahlen angezeigt, so ist seit Einführung des Release 2.0 alles wieder Schnee von gestern. Keiner der Befragten braucht die Anzeige der Differenz der Stunden in Bezug auf den nächs-

Fortsetzung auf Seite 6

IZEMA

Fortsetzung von Seite 5

ten und den übernächsten Monat. Alles überflüssiger EDV-Firlefanz, auf den man getrost verzichten kann.

Die vorher abgebildeten Urlaubstage sind auch wieder verschwunden und können jetzt nur noch durch zahlreiche Mouseklicks über den Auswertungsbutton eingesehen werden. Befragt man die Planer, die täglich sehr zeitaufwändig die erforderlichen Daten eingeben, so befällt einem aufrichtiges Mitleid mit deren Sisyphusarbeit.

Was wurde nicht alles in Verbindung mit IZEMA versprochen? Wie einfach und schnell sollte alles gehen? Geblieben sind Frust, Verärgerung und Spott. Selbst nach zwei Jahren IZEMA ist es den Verantwortlichen nicht gelungen, eine breite Zustimmung zur hessischen Zeiterfassung IZEMA zu gewinnen. Argwohn und Misstrauen beherrschen das Thema. Alle Versprechungen, dass es bei der nächsten Stufe besser wird, haben sich als Lippenbekenntnisse herausgestellt. Die Erwartungshaltungen der Kolleginnen und Kollegen werden ständig durch unhaltbare Versprechungen nicht erfüllt. Wer Kritik an IZEMA übt, wurde und wird als unbelehrbarer ahnungsloser Querulant und Ketzer hingestellt, obwohl diese Kritik letztlich das vernichtende Urteil der breiten Masse der Bediensteten widerspiegelt.

> Okay – angenommen die breite Masse der Anwender hat wirklich keine Ahnung. Dann erkläre mir mal einer der Herren „Experten“, warum dieses gebenedeite Zeiterfassungssystem mir nicht beim morgendlichen Einschalten meinen aktuellen Kontostand abbilden kann? In anderen Behörden und auch in großen Konzernen funktioniert so etwas problemlos, denn es stellt ja eigentlich die Grundfunktion eines Zeiterfassungssystems dar.

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Es drängt sich immer mehr der Verdacht auf, dass man sich mit IZEMA ein weiteres Mal bei der Anschaffung neuer polizeilicher EDV-Software gewaltig verhoben hat.

Weit und breit ist keiner in Sicht, der noch den Mut aufbringt und den berühmten Stecker zieht. Zu weit hat man sich in der Vergangenheit aus dem Fenster gelehnt, um jetzt noch den geordneten Rückzug antreten zu können. Wie würde Hessen auch dastehen? Jedes Jahr protzt man auf der CeBIT als Musterland in Sachen behördlicher EDV-Anwendungen und misst sich dabei selbst eine exorbitale Vorreiterrolle zu.

Und dann der siechende Patient IZEMA im eigenen Haus. Es steht viel auf dem Spiel. Aber irgendwann sind die Grenzen des Zumutbaren erreicht.

Die Berufszufriedenheit und der tägliche Dienst leiden in einem unerträglichen und nicht mehr zu verantwortenden Maße. Es ist höchste Zeit, dass unmittelbar und konsequent Maßnahmen ergriffen werden. Bei der Zeiterfassung der hessischen Polizei ist mittlerweile so viel in die Hose gegangen, dass die Lufthoheit in dieser Sache auf dem Spiel steht. Elektronische Zeiterfassung hat auch ein Stück weit etwas mit Vertrauen zu tun. Die Verantwortlichen in Wiesbaden sollten bedenken, dass sie in Sachen IZEMA schon sehr viel Vertrauen bei den Kolleginnen und Kollegen verspielt haben.

Deshalb – abschalten und zwar sofort

Auf Besserung haben wir lange genug gehofft. Man kann nicht sehenden Auges weiter das Dilemma tot schweigen.

Die Kollegen haben kein Verständnis mehr dafür, jahrelang als Versuchskaninchen missbraucht zu werden. Ständig wird der schwerstkranke Patient IZEMA am offenen Herzen operiert. Weder eine Genesung noch der Tod sind in Sichtweite. Deshalb ist aktive Sterbehilfe notwendig.

Andreas Grün

ARBEITSZEITRECHT

Bereitschaftszeiten und deren Vergütung – wie geht’s weiter?

Richtlinien der Europäischen Union lassen manchen aufhorchen: Kopfschütteln und Unverständnis kommen dann auf, wenn beispielsweise der Äppelwoi kein Wein mehr sein soll.

Aber wenn es um Schutz und Rechte von Polizeibeschäftigten aus EU-Richtlinien geht, tritt bezeichnendes Schweigen ein.

Die rechtskonforme Anwendung des EU-Rechts hinsichtlich der Vergütung von Bereitschaftszeiten hat mittlerweile eine bundesweite Dimension angenommen. (Umsetzung von Europarecht in nationales Recht der Mitgliedsstaaten). Damit tun sich viele Bundesländer und auch der Bund schwer.

Mit Urteil vom 3. Oktober 2000 hat der Europäische Gerichtshof im Weg der Auslegung der Richtlinie 93/104/EG erst-

mals über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung entschieden:

Bereitschaftsdienst, der in Form persönlicher Anwesenheit am Arbeitsplatz geleistet wird, ist insgesamt als Arbeitszeit, gegebenenfalls als Überstunden, anzusehen. Dieses Urteil wurde zwar bezogen auf Ärzte im Krankenhaus, es scheint aber unstrittig, dass es Wirkung entfaltet für alle Beschäftigten, die Bereitschaftsdienst leisten. Dazu gehören auch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

In Hessen wird eine Vergütung von Bereitschaftszeiten ab 1. Oktober 2007 durchgängig 1:1 vergütet. Die Gewerkschaft der Polizei hat nach der Erlassregelung in Hessen in einer Veröffentlichung in der Deutschen Polizei auf die Möglichkeiten einer möglichen rückwirkenden Vergütung hingewiesen.

Aufgrund der bundesweiten Bedeutung hat sich auch der Bundesvorstand mit der Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie auseinandergesetzt. Eine Arbeitsgruppe (AG Arbeitszeit), unter Be-

ARBEITSZEITRECHT

Wir als GdP haben in einem ersten Schritt ein Rechtsgutachten zu dieser sehr komplexen Thematik eingeholt.

teiligung der Hessen-GdP, wurde im Januar 2008 einberufen.

Unter anderem wurde auch die Problematik der Vergütung von Bereitschaftsdiensten im Zusammenhang mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie beleuchtet.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden dem Bundesvorstand im Februar 2008 vorgelegt.

Kann die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG erfolgen?

Die Arbeitsgruppenmitglieder der AG Arbeitszeit sind nach Prüfung der Rechtslage der Meinung, dass die Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG auch für den Bereich der Polizei voll anzuwenden ist.

Im Art. 17 (Abweichungen) ist nicht mehr wie in der Arbeitszeitrichtlinie 89/391/EWG vermerkt, dass diese Richtlinie im Bereich der Polizei keine Anwendung findet.

Diese Auffassung der AG Arbeitszeit korrespondiert mit der Meinung der Rechtsanwaltskanzlei Stapelfeldt, Zweschper, Krumb, die, wie eingangs beschrieben, im Auftrag des Landesbezirks Hessen gutachtlich zu dem Ergebnis kommt, dass Bereitschaftszeiten der hessischen Polizei, entsprechend der AZL 2003/88, 1:1 als Arbeitszeiten anzuerkennen sind.

Allerdings bestehen Zweifel, ob die Stunden rückwirkend vergütet werden können.

Die Umsetzung der AZL 2003/88/EG in nationales Recht hat bis 2009 zu erfolgen; danach besteht für die EU-Kommission die Möglichkeit, eine Klage wegen Untätigkeit anzustrengen (Art. 28 i. V. mit Art. 24).

Die AG-Mitglieder kommen zu dem Schluss, dass nach Art. 2 Ziffer 1 Bereitschaftszeit und nicht Rufbereitschaft vorliegt, wenn der Beamte sich auf Weisung des Dienstherrn in einer polizeilichen Einrichtung oder an einem von ihm bestimmten Ort aufhalten muss. Nach Auffassung der AG-Mitglieder sind die Arbeitszeitregelungen dergestalt zu ändern, dass die Bereitschaftszeiten voll als Arbeitszeit anzurechnen sind, bisher verankerte Teilanrechnungen sind aufzuheben.

Wir werden zeitnah über die weitere Fortgehensweise berichten.

Jens Mohrherr

EHRUNGEN

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Siegfried Bayer
Heinz Smurawa
Kreisgruppe HBP Kassel
Waldemar Martel
Kreisgruppe PASt Baunatal
Franz Böhm
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Wilhelm Mayer
Eduard Mundanjohl
Lothar Rieger
Kreisgruppe Darmstadt
Helmut Schneider
KG Wasserschutzpolizei
Helmut Damm
Horst Giersieper
Heinz-Bernd Lemke
Guenther Petz
Heinz Vogt
Gerhard Zabbee
Karl-Ulrich Kiess
Kreisgruppe Kassel
Karl-Heinz Pfister
Horst Sakowski
Werner Laurus
Kreisgruppe Wiesbaden
Wolfgang Wunsch
Horst Schröter
Kreisgruppe PASt Wiesbaden
Jürgen Grün
Kreisgruppe Main-Taunus-Kreis

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Günter Balk
Gerhard Lehmann
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Walter Burkhardt
Hans Gallus
Hans von Dungen
Kreisgruppe Darmstadt
Harry Lemke
Ludwig Horn
Kreisgruppe Untertaunus

Peter Kindervater
KG Wasserschutzpolizei
Gerhard Gundelach
Helmut Schaberick
Alfred Meisser
Kreisgruppe Kassel

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

August Schlicht
KG Wasserschutzpolizei
Elisabeth Noderer
Kreisgruppe Kassel

ES VERSTARBEN

Albert Puschke
Horst Garthoff
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.
Wolfgang Dörschmann
Kreisgruppe PASt Bad Hersfeld
Wilhelm Battenhausen
Kreisgruppe Limburg-Weilburg
Georg Messinger
Kreisgruppe Polizeischule
Erich Böttcher
Kreisgruppe PASt Baunatal

Eduard Mundanjohl
Kreisgruppe Darmstadt
Karl König
Kreisgruppe Bad Homburg
Erich Hofmann
Kreisgruppe Wiesbaden
Martin Baumgartner
Kreisgruppe Offenbach
Elli Knippler
Kreisgruppe Untertaunus
Joachim Rehbein
Kreisgruppe Waldeck-Frankenberg

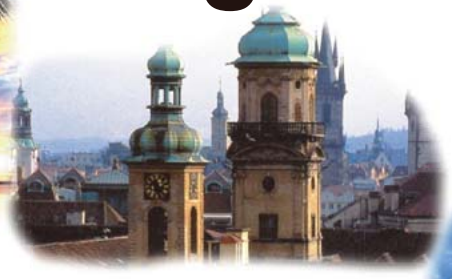
Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Anzeige

Schon gehört? GdP-Haustarife fürs Handy bei uns!

Wenn Sie ein neues Mobiltelefon benötigen, sollten Sie sich unbedingt von der PSG Polizei Service Gesellschaft ein Angebot machen lassen, denn nur wir können Ihnen die begehrten GdP-Haustarife bieten.

Egal wohin...



Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss !
Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder !
Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) **und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.**

Neues Auto!

Wie sicherlich vielen bekannt, vermittelt die Polizei Service Gesellschaft (PSG) ihren Mitgliedern zu sehr günstigen GdP-Haustarifen verschiedene PKW-Fabrikate, wie z.B. Opel, Ford, Volkswagen, BMW, Audi, Saab, Volvo, Honda, Mitsubishi und andere.

Sie fordern einfach bei uns ein Formular an, füllen es aus und erhalten in wenigen Tagen unser Angebot abzüglich der GdP-Konditionen.

Polizei Service Gesellschaft MBH
PSG HESSEN

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Info-Line: 06 11 / 9 92 27 30 • Info-Fax: 06 11 / 9 92 27 27
Internet: www.gdp-hessen.de · eMail: gdpHessen@t-online.de